

KARL-HEINZ REUBAND · UMWELT UND WAHLVERHALTEN

(Aus: *Die Bedeutung der Primärumwelten für das Wahlverhalten*)

Wahlverhalten ist von Politologen, und teilweise auch von Soziologen, theoretisch häufig als primär politisch gemeintes Handeln verstanden worden. Diese Vorstellung gibt indes die Realität nur ungenau wieder. Empirische¹ Untersuchungen haben wiederholt auf den sowohl funktional² spezifischen als auch funktional diffusen³ Charakter des Wahlaktes hingedeutet: er ist oft nicht nur Reaktion auf das politische System, sondern zugleich auch ein Akt der Bekräftigung bestehender Gruppenbindungen, ein Ausdruck für die Stärke der Beziehung zu einer *Umwelt*. Je nach Stärke dieser Beziehung beeinflusst die Zusammensetzung der Umwelt den Inhalt der Entscheidung.

...

Der Begriff der „Primärumwelt“

Die *Primäre Umwelt* ist in der Terminologie von *Erwin K. Scheuch* eine Konstellation von Akteuren, mit denen Ego⁴ ohne Zwischenglieder in regelmäßigem (i. S. von alltäglichem) Kontakt steht (a). Unserer Konzeption nach kann diese *Primäre Umwelt* – im folgenden verkürzt als *Umwelt* zitiert – in eine Reihe von Teilumwelten, *Primärumwelten* genannt,

untergliedert werden. Eine *Primärumwelt* wird dabei verstanden als die Gesamtzahl von Personen, mit denen Ego auf der Grundlage einer Rolle interagiert⁵, die einen regelmäßigen, alltäglichen Kontakt erlaubt . . .

Der Begriff der *Primärumwelt* ersetzt den in der Literatur üblichen Begriff der *Primärgruppe*. Eine anders geartete Konzeptualisierung⁶ geht mit der Wahl dieses anderen Begriffes einher. Zum einen wird die Perspektive Egos in den Mittelpunkt gerückt, statt wie bisher Ego aus der Perspektive der Einheit zu sehen, der er angehört („Gruppe“). Zum anderen wird dem Charakter sozialer Beziehungen eher Rechnung getragen. Der einzelne steht nämlich mit den Personen seines engeren Verkehrskreises häufig in bilateraler⁷ Beziehung, d.h., er trifft nicht mit allen zugleich, sondern nur mit einzelnen zusammen. Diese wiederum kennen sich entweder überhaupt nicht oder kommen nur selten miteinander in Kontakt: es gibt keine Gruppe im Sinne eines geschlossenen, interdependenten⁸ Systems. Der einzelne ist vielmehr Angehöriger verschiedener kommunikativer⁹ *Netzwerke*, und die Personen seiner Umwelt sind die „contact-points“¹⁰, über die diese miteinander verbunden sind (b).

Das Netzwerkkonzept ist eher als das Gruppenkonzept geeignet, die „Realität“ zu beschreiben. Nur unter bestimmten Umständen kann ein Netzwerk einem Gruppen-Gebilde ähneln: dann nämlich, wenn jeder Angehörige eines Netzwerkes mit jedem anderen Kontakt hat. Erst eine solche Struktur ermöglicht auch eine stabile Kristallisation jener Merkmale, die in der Literatur mit zur Definition des Begriffs „Gruppe“ herangezogen werden – wie zum Beispiel das „Wir-Gefühl“. Die *Primärumwelten* lassen sich auch dem Grade ihres *Primärgruppen*charakters nach unterscheiden. Während unter den *Primärumwelten* die *Familie* noch am ehesten einer *Primärgruppe* ähnelt, trifft dies für *Kollegen*, *Nachbarn* und besonders für *Freunde* weniger zu.

. . .

Wahlsoziologen haben, wenn sie sich mit interpersonalem Einfluß befaßten, Ego zumeist nicht in Relation zu einer anderen, sondern zu mehreren Personen gesetzt. Statt die Qualität der Beziehungen zu spezifizieren und in den Untersuchungen zu erheben, hat man sich damit begnügt, im Hinblick auf die Parteipräferenz¹¹ Majorität und Minorität in dieser Umwelt festzustellen. Die Frage, unter welchen Bedingungen eine Majorität oder eine Minorität einen starken Einfluß ausüben kann, wurde in diesem Zusammenhang überhaupt nicht aufgeworfen. Dies war der Fall, weil man der *subjektiven* Bedeutung interpersonaler Beziehungen zu wenig Beachtung schenkte.

. . . Ein Handeln wider die Majorität ist . . . möglich. Daß man zu einem solchen Ergebnis nicht früher gekommen ist, hängt nicht zuletzt mit der Parteienkonstellation in jenem Staat zusammen, in dem die grundlegenden Untersuchungen über den Einfluß der *Primärumwelten* durchgeführt wurden: den USA. Die Existenz eines Zweiparteiensystems auf nationaler Ebene bewirkte, daß sich die meisten Wähler der einen oder der anderen Partei in einer relativ homogenen¹² Umgebung befanden. Daten aus Ländern mit einem Mehrparteiensystem indes zeigen bei den Anhängern kleiner Parteien eine überwiegend heterogene¹² Umwelt. Untersuchungen aus der Bundesrepublik z.B. machen dies deutlich (vgl. Tabelle 1).

Es gibt ungefähr genauso viele Anhänger größerer Parteien (CDU und SPD), die sich einer *homogenen* Umwelt ausgesetzt sehen (jeweils 59 Prozent), wie Anhänger kleinerer Parteien (FDP und NPD), die sich einer *heterogenen* Umwelt gegenübergestellt sehen (jeweils 57 Prozent) (Homogenität hier verstanden als Übereinstimmung zwischen Egos Partei-

präferenz und der Parteipräferenz seiner Umwelt). Während bei den Anhängern der beiden großen Parteien etwas mehr als die Hälfte eine Stützung eigener Präferenzen und politischen Anschauungen erfährt, trifft dies bei den Anhängern der kleinen Parteien für weniger als ein Fünftel zu . . .

Tabelle 1

Parteipräferenz* und Primärumwelten (in v.H.)**

Indikator: „Und wenn Sie an die Leute denken, mit denen Sie am Wohnort häufiger zusammenkommen, können Sie mir sagen, für welche Partei die meisten dieser Leute sind?“

Parteipräferenz in den Primärumwelten	Parteipräferenz				Insgesamt
	CDU	SPD	FDP	NPD	
CDU	58,6	15,7	33,6	21,6	32,4
SPD	15,5	58,5	21,8	29,7	30,9
FDP	0,5	1,3	12,6	5,4	1,7
NPD	0,6	—	1,7	18,9	0,9
Andere Parteien	0,6	0,3	—	—	0,6
Weiß nicht	22,3	22,4	27,7	21,6	29,5
Keine Angabe	1,8	1,7	2,5	2,7	4,0
Total (N =)	99,9 (650)	99,9 (598)	99,9 (119)	99,9 (37)	100,0 (2120)

* Die Parteipräferenz des Befragten wurde mit der folgenden Frage erfaßt: „Angenommen, es wäre am nächsten Sonntag schon Bundestagswahl: Welcher Partei würden Sie dann Ihre Stimme geben?“ Diese Frage wurde auch in der Baden-Württemberg-Stichprobe (Tabelle 3) benutzt. — Ebenso wie in Tabelle 3 bezieht sich die Kategorie „Insgesamt“ auf die Gesamtzahl der Befragten, schließt also auch jene mit ein, die andere als die vier genannten Parteien wählen wollen, sich ihrer Entscheidung noch nicht sicher sind, überhaupt nicht wählen wollen oder die Angabe verweigern.

** Wahlberechtigte Wohnbevölkerung der Bundesrepublik Deutschland; Random Sample¹³, Juni 1968.

Wir haben den Stellenwert interpersonaler¹⁴ Beeinflussung im Zusammenhang mit der Eindeutigkeit des Objekts von Entscheidungen (= Parteien) diskutiert. Unabhängig von der Eindeutigkeit des Objekts gibt es Unterschiede im Stellenwert je nach Akteur¹⁵. Wir wollen Persönlichkeitsvariablen¹⁶ im engeren Sinn an dieser Stelle aus der Diskussion ausklammern. Vielmehr soll die Umwelt zu den *Einstellungen* des Akteurs in Beziehung gesetzt werden. Der Einfluß, der auf das Handeln Egos ausgeübt wird, ist nämlich nicht nur durch die Zahl bedeutender und die Zahl unbedeutender Personen samt ihrer Einstellungen bestimmt. Seine eigenen Einstellungen sind für ihn mindestens ebenso wichtig, wenn nicht sogar wichtiger. So läßt sich beispielsweise empirisch eindeutig zeigen, daß die Tendenz besteht, die Partei zu wählen, die den eigenen Einstellungen am ehesten entspricht (c). Weder die Umwelt noch die Einstellungen allein determinieren¹⁷ freilich die Wahl einer bestimmten Partei, sondern erst Umwelt und Einstellungen *zusammen* bewirken dies. Tabelle 2 läßt den Stellenwert beider Faktoren deutlich werden. Statt mehrere Einstellungen in die Analyse miteinzubeziehen, wird dort nur eine Einstellung verwandt, die Sympathie für eine Partei (CDU als Beispiel). Diese Einstellung ist darum besonders gut zu gebrauchen, weil sie als ein summarischer Index¹⁸ für das Ausmaß an Übereinstimmung zwischen Ego und der Partei aufgefaßt werden kann (d). Es zeigt sich, daß die Chance, eine bestimmte Partei zu wählen, nur dann besonders groß ist, wenn 1. Egos Einstellung ihr gegenüber sehr positiv ist und 2. seine Umwelt zugleich eine ähnliche Einstellung vertritt.

Tabelle 2

Parteipräferenzen in der Umwelt und eigene Einstellungen* als Determinanten¹⁹ der Wahlentscheidung** für die CDU (in v.H.)***

Parteipräferenzen in der Umwelt	Einstufung der CDU auf dem Skalometer					
	+ 5 bis + 2	(N=)	+ 1 bis - 1	(N=)	- 2 bis - 5	(N=)
CDU	66,7	(504)	29,7	(101)	3,6	(28)
SPD	23,8	(382)	4,5	(157)	—	(60)
FDP	15,0	(20)	—	(8)	—	(7)

* Die *eigene Einstellung* zur CDU wurde mit einem Skalometer²⁰ gemessen, der von + 5 über 0 bis - 5 reicht. Die Skalometer-Frage lautet: „Jetzt hätten wir gerne erfahren, wie Sie heute über die deutschen Parteien CDU/CSU, SPD, FDP und NPD denken. Ich habe hier eine Art Thermometer (*Skalometer*). Je weiter Sie auf den weißen Kästchen nach oben gehen, um so sympathischer ist Ihnen die betreffende Partei, je weiter Sie auf den schwarzen Kästchen nach unten gehen, um so mehr lehnen Sie die Partei ab. Fangen wir mit der CDU/CSU an.“

** Die *Wahlentscheidung* (Parteipräferenz) wurde wie in Tabelle 1 gemessen. – Die obige Tabelle gibt den prozentualen Anteil der Personen wieder, die sich bei variierendem Umwelts-Kontext für die CDU entscheiden. Die in Klammern gesetzten Zahlen geben die Prozentuierungsbasis N an. Beispiel: Von denjenigen, die die CDU zwischen + 2 und + 5 einstufen und in ihrer Umwelt vorwiegend SPD-Wähler wahrnehmen (N = 382), wählen 23,8 Prozent die CDU.

*** Wahlberechtigte Wohnbevölkerung der Bundesrepublik Deutschland. Random Sample, Juni 1968.

Im Akt der Wahlentscheidung sind Egos Einstellungen unabhängig von den Einstellungen seiner Umwelt. Beide können als unabhängige Variablen begriffen werden. Legt man eine andere Zeitperspektive zugrunde, so sind sie allerdings voneinander abhängig: Die Umwelt bestimmt langfristig gesehen im Prozeß der Sozialisation Egos Einstellungen. Der Begriff „Umwelt“ wird in diesem Zusammenhang rein formal²¹ verstanden, inhaltlich gesehen kann sich ein Wechsel im Personensatz der Umwelt im Lauf der Zeit ergeben haben.

...

Parteien können nicht nur nach der Zahl ihrer Wähler unterschieden werden. Eine weitere Differenzierung ergibt sich aus dem Grad an Legitimität, der den verschiedenen Parteien zugeschrieben wird. Als legitim werden gewöhnlich die Parteien verstanden, deren Ziele als kongruent²² mit den Zielen des politischen Systems perzipiert²³ werden. In einem „demokratischen System“ werden daher von der Mehrheit der Bevölkerung die Parteien als illegitim²⁴ definiert, die von ihnen als „undemokratisch“ perzipiert werden.

Aus der Sicht des Akteurs ist es daher ein Unterschied, ob er eine kleine, aber legitime oder eine kleine, aber illegitime Partei wählt. Anders geartete Probleme ergeben sich daraus; welcher Art sie sind und wie sie bewältigt werden, ist bisher nicht erforscht worden. Ein erster Versuch soll im folgenden unternommen werden, die Bedeutung *öffentlicher Legitimität* für das Wahlverhalten näher zu analysieren. Die NPD wird dabei als der Prototyp²⁵ für eine nicht legitime Partei verstanden. Die Bedeutung der Primärumwelten für die Wahl einer illegitimen Partei wird an ihren Wählern darzustellen sein . . .

Vertreter extrem abweichender Meinungen stehen im Gegensatz zur Mehrheit der Bevölkerung. Sie sind daher besonders stark dissonanten²⁶ Informationen ausgesetzt. Eine Möglichkeit, kognitive Dissonanz²⁷ zu reduzieren, besteht darin, dissonante Informationen in ihrer Zahl und ihrer Gewichtung zu verändern. Während eine Veränderung in der Gewichtung am ehesten möglich ist, ist eine Veränderung der Zahl nur selten in starkem Maße durchzuführen. In einem solchen Fall kann Dissonanz nur durch eine zahlenmäßige

Vergrößerung und eine Aufwertung konsonanter²⁸ Informationen reduziert werden. Da gewöhnlich dissonante Informationen ihrer Zahl nach nicht verändert werden können, bedürfen Vertreter extrem abweichender Meinungen mehr konsonanter Informationen als Vertreter „normaler“ Meinungen. Forschungsergebnisse zeigen, daß eine solche Situation tatsächlich auch existiert: Personen mit abweichenden religiösen Anschauungen verfügen über mehr konsonante Informationen als Personen, die in dieser Beziehung mit der Majorität übereinstimmen. Verschiedene Untersuchungen haben ergeben, daß konsonante bzw. dissonante Informationen besonders dann für den einzelnen von Bedeutung sind, wenn sie durch Personen übermittelt werden.

... Ausgehend von der Bedeutung der Primärumwelten für die Vermittlung dissonanter und konsonanter Informationen kann erwartet werden, daß sich NPD-Wähler durch eine homogenere Umwelt auszeichnen, als von ihnen normalerweise erwartet werden kann. Um über diesen Erwartungswert etwas aussagen zu können, ist es notwendig, die Homogenität²⁹ der Umwelt bei den Wählern der *legitimen* Parteien zu vergleichen. Tabelle 1 bringt dazu Daten auf nationaler Basis. Tabelle 3 bringt Daten für Baden-Württemberg, näher aufgeschlüsselt nach einzelnen Primärumwelten.

Tabelle 3

Parteipräferenz und Primärumwelten* (in v. H.)

... „Und jetzt hätte ich für unsere Untersuchung gern noch gewußt, wie das in Ihrer persönlichen Umgebung ist: Für welche Partei sind Ihre Familienangehörigen im allgemeinen?“ – „Und wie ist es bei Ihren Arbeitskollegen (den Arbeitskollegen Ihres Mannes)? Für welche Partei sind die im allgemeinen?“ – „Und wie ist es hier in der Nachbarschaft?“ – „Und in Ihrem Freundeskreis?“

Parteipräferenz der Familie	Parteipräferenz				
	CDU	SPD	FDP	NPD	Insgesamt
CDU	75,7	10,1	20,0	16,7	36,4
SPD	3,9	69,7	6,7	2,8	23,9
FDP	1,0	2,2	54,7	5,6	6,5
NPD	–	0,9	1,3	44,4	2,4
Andere Parteien	–	0,4	–	–	0,6
Sind neutral	3,9	2,2	1,3	11,1	5,2
Für gar keine Partei	0,6	2,2	2,7	8,3	3,6
Keine Angabe**	14,9	12,3	13,3	11,1	21,4
Total (N=)	100,0 (309)	100,0 (228)	100,0 (75)	100,0 (36)	100,0 (878)

Parteipräferenz des Freundeskreises	Parteipräferenz				
	CDU	SPD	FDP	NPD	Insgesamt
CDU	47,0	9,6	20,5	12,5	24,8
SPD	6,7	50,0	9,6	6,3	18,8
FDP	1,8	2,4	26,0	–	4,5
NPD	–	0,5	4,1	37,5	2,3
Andere Parteien	–	–	–	–	0,5
Sind neutral	6,7	5,8	12,3	21,9	8,5
Für gar keine Partei	1,4	1,0	2,7	3,1	1,8
Keine Angabe**	34,4	30,8	24,7	18,7	38,8
Total (N=)	100,0 (283)	100,1 (208)	99,9 (73)	100,0 (32)	100,0 (811)

Parteipräferenz der Kollegen	Parteipräferenz				
	CDU	SPD	FDP	NPD	Insgesamt
CDU	27,4	8,4	17,1	5,3	15,4
SPD	7,5	46,5	15,8	18,4	21,8
FDP	2,4	1,4	7,9	5,3	2,6
NPD	0,3	1,4	1,3	31,6	2,7
Andere Parteien	—	—	—	—	0,2
Sind neutral	7,2	4,2	9,2	7,9	6,8
Für gar keine Partei	1,4	—	—	—	0,6
Keine Angabe**	53,7	38,1	48,7	31,5	49,9
Total (N =)	99,9 (292)	100,0 (215)	100,0 (76)	100,0 (38)	100,0 (841)

Parteipräferenz der Nachbarschaft	Parteipräferenz				
	CDU	SPD	FDP	NPD	Insgesamt
CDU	34,1	22,5	31,6	30,6	27,8
SPD	9,4	22,5	7,9	11,1	11,5
FDP	1,9	0,9	6,6	—	1,8
NPD	0,3	0,9	1,3	16,7	1,6
Andere Parteien	—	—	—	—	—
Sind neutral	4,9	3,8	9,2	5,6	5,2
Für gar keine Partei	0,3	—	—	2,8	0,6
Keine Angabe**	48,0	49,3	43,4	33,2	51,5
Total (N =)	99,9 (308)	99,9 (213)	100,0 (76)	100,0 (36)	100,0 (858)

* Wahlberechtigte Wohnbevölkerung Baden-Württembergs. Random Sample, Mai 1968.

** In der Kategorie „keine Angabe“ wurden die Kategorien „weiß nicht“ und „keine Angabe“ zusammengefaßt.

Wie sich aus den Tabellen ablesen läßt, nimmt die Zahl der Personen mit homogenen Primärumwelten ab, je kleiner die Zahl der Personen wird, die eine ähnliche Parteipräferenz bekunden. Es besteht also eine positive Korrelation³⁰ zwischen dem Stimmenanteil einer Partei und der Anzahl ihrer Wähler, die sich einer homogenen Umwelt ausgesetzt sehen (e). NPD-Wähler müßten also normalerweise eine weniger homogene Umwelt als FDP-Wähler aufweisen. Unsere Hypothese wäre daher bereits dann bestätigt, wenn NPD-Wähler über eine ebenso homogene Umwelt verfügen würden wie FDP-Wähler. Die Tabellen 1 und 3 zeigen nun, daß sich NPD-Wähler sogar in weit stärkerem Maße als FDP-Wähler durch eine solche Umwelt auszeichnen! Auf den ersten Blick scheint allerdings die Primärumwelt „Familie“ eine Ausnahme zu machen. Berücksichtigt man jedoch auch die Kategorie „Neutral“, so ergibt sich auch hier für die NPD-Wähler eine Umwelt, die in der Homogenität den FDP-Wählern überlegen ist. Damit kann unsere Hypothese als gesichert gelten (f). Wähler einer „illegitimen“ Partei haben eine homogenere Umwelt, als normalerweise erwartet werden kann. *Die Wahl einer Partei scheint erst dann für den Akteur subjektiv möglich zu werden, wenn genügend Personen in seiner Umwelt anzutreffen sind, die seine Parteipräferenz stützen. Die Notwendigkeit einer Stützung ist um so größer, je stärker die Partei, auf die sich die Präferenz bezieht, in der Öffentlichkeit als illegitim definiert wird.*

KARL-HEINZ REUBAND, geb. 18.5.1946 in Hamburg, Studium der Soziologie, Psychologie und Sozialpädagogik an den Universitäten Hamburg und Köln; Dr. phil. Veröffentlichungen u.a.: Die Einstellung zur Todesstrafe im Wandel, in: H. Steinert (Hrsg.): Der Prozeß der Kriminalisierung. Untersuchungen zur Kriminalsoziologie (1973); (Hrsg.): Rauschmittelkonsum. Beiträge zur Entstehung von Devianz und zur gesellschaftlichen Reaktion auf abweichendes Verhalten (1975).

Anmerkungen des Verfassers

- (a) Erwin K. Scheuch: Die Sichtbarkeit politischer Einstellungen im alltäglichen Verhalten, in: Erwin K. Scheuch und Rudolf Wildenmann (Hrsg.): Zur Soziologie der Wahl. Köln – Opladen 1965, S. 173.
- (b) . . . Der Begriff des „Netzwerks“ ist erstmals von Sozialanthropologen systematisch verwendet worden.
- (c) Ein Wahlverhalten, das den eigenen Einstellungen gemäß ist, wird gewöhnlich als ein „rationales“ Verhalten begriffen. Wechselwähler sind häufig als ein Testfall für die „Rationalität“ des Wählerwillens verstanden worden, schließlich sind sie es, die einen Wandel im Zustand es politischen Systems bewirken. Eine Arbeit hat einen auffallend großen Einfluß auf die Diskussion über die „Rationalität“ des Wählers –, insbesondere des Wechselwählerverhaltens ausgeübt: Valdimer O. Key Jr. (unter Mitarbeit von M.C. Cummins Jr.), *The Responsible Electorate. Rationality in Presidential Voting 1936 - 1960*, New York 1966. Diese Arbeit wird von vielen Politologen als eine Widerlegung des Lazarsfeld-Ansatzes in der Wahlforschung angesehen [Der Verfasser bezieht sich hier auf B. Berelson, P.F. Lazarsfeld und W. McPhee: *Voting*, Chicago – London 1954 und P.F. Lazarsfeld, B. Berelson, H. Gaudet: *The Peoples Choice*. New York – London ³1968, Anm. des Hrsg.]. . . Eine derartige Interpretation ist freilich unsinnig: . . . Interpersonale Beeinflussung des Wählerverhaltens und Handeln auf der Basis eigener Einstellungen sind keine Gegensätze. Interpersonale Beeinflussung wirkt sich schließlich auch auf die Einstellungen aus, auf die der Akteur sein Handeln stützt . . . Key und andere sehen offenbar nur den direkten Einfluß der Primärumwelten auf die Wahlentscheidung, nicht den indirekten. Eng mit dieser Diskussion über die „Rationalität“ des Wechselwählerverhaltens hängt auch die Diskussion über das politische Interesse der Wechsler zusammen . . . Neuere Untersuchungen[haben] gezeigt, daß eine differenzierte Betrachtungsweise angebracht ist. Zum einen muß zwischen verschiedenen Wechselwählertypen unterschieden werden; so gibt es zum Beispiel solche, die erst kurz vor der Wahl ihre Wahlentscheidung ändern, und solche, die sich bereits lange vor dem Wahlkampf dazu entschlossen haben, einen Wechsel in der Parteipräferenz vorzunehmen. Je nach Wechselwählertyp scheint ein unterschiedliches Ausmaß an politischem Interesse vorzuliegen . . . Zum anderen muß der Charakter der Wahl mitberücksichtigt werden: je nach Wahl können unterschiedliche Gruppierungen unter den Wechselwählern vertreten sein. – Die Fragen, die an das Wählerverhalten gestellt werden müssen, lauten nicht „Welche Faktoren spielen was für eine Rolle?“, sondern: „Unter welchen Bedingungen spielen welche Faktoren was für eine Rolle?“
- (d) Der Rang der entsprechenden Partei ergibt sich allerdings erst aus dem Vergleich der Skalometer-einstufungen für verschiedene Parteien. Wir haben ihn hier nicht benutzt, weil er u.E. bereits den Einfluß der Umwelt widerspiegelt.
- (e) Eine Ausnahme scheint auf den ersten Blick neben den „Kollegen“ auch der „Freundeskreis“ zu machen, in dem CDU-Wähler eine geringere Übereinstimmung aufweisen als SPD-Wähler (47,0 Prozent vs 50,0 Prozent). Berechnet man jedoch die relative Homogenität durch Subtraktion des heterogenen Anteils vom homogenen, so weisen CDU-Wähler einen geringfügig höheren Homogenitätsindex auf (38,5 Prozent vs 38,1 Prozent) . . . Eine hier nicht wiedergegebene Aufgliederung der Tabelle 1 nach Geschlecht zeigt, daß der Grad an Übereinstimmung mit dem Stimmenanteil variiert, den die jeweilige Partei in der Kategorie „Mann“ oder „Frau“ auf sich vereinigen kann (SPD – CDU – FDP vs CDU – SPD – FDP). Eine Aufgliederung der Tabelle 3 nach Geschlecht erbringt nicht dieses Ergebnis, da in Baden-Württemberg im Gegensatz zum Bund nicht nur die Frauen, sondern auch die Männer der CDU den Vorzug geben. Der Stimmenanteil einer Partei in einer Quasi-Gruppe spiegelt sich daher in dem Grad an Übereinstimmung zwischen den Angehörigen der Primärumwelten und Ego als Mitglied dieser Quasi-Gruppe wider.
- (f) Die wesentlichen Relationen verändern sich auch dann nicht, wenn man die Variablen Alter, Geschlecht, Schicht, politisches Interesse und Gemeindegröße in die Tabellierung mitaufnimmt. Angesichts der geringen Samplegröße konnten diese Variablen allerdings nur in einer dichotomischen Ausprägung berücksichtigt werden. Auf der Grundlage anderer Daten läßt sich die Hypothese zurückweisen,

der größere Grad an Homogenität bei NPD-Wählern wäre Folge einer stärkeren Milieubindung. Tatsächlich sind nicht die NPD-, sondern eher die FDP-Wähler in homogenen Milieus anzutreffen, homogen hier verstanden im Hinblick auf die Parteipräferenz. NPD-Wähler sind stärker als FDP-Wähler über die verschiedenen Gemeinden hin verstreut . . . Eine andere Hypothese freilich vermag dieses Phänomen zu erklären. Leider ist es nicht möglich, sie zu überprüfen: 1. Untersuchungen haben erbracht, daß abweichendes Wahlverhalten Interviewern gegenüber tendenziell verschwiegen wird. 2. Nur wenn eine Stützung in der Umwelt vorhanden ist, fühlen sich die Befragten in ihrer Wahlentscheidung sicher. . . . Aus diesen beiden Ergebnissen kann die Hypothese abgeleitet werden, Personen würden nur dann ihre abweichende Parteipräferenz kundtun, wenn sie sich in ihrer Wahlentscheidung – aufgrund der Unterstützung durch die Umwelt – sicher wären . . .

Anmerkungen des Herausgebers

- 1 empirisch: s. Anm. 6 zu Lepsius, S. 17.
- 2 funktional: s. Anm. 3 zu Lepsius, S. 17.
- 3 diffus: vermischt, hier swv allgemein, (im Gegensatz zu spezifisch), s. Anm. 6 zu Rolff, S. 58.
- 4 Ego (lat.): das Ich.
- 5 interagieren: in Wechselbeziehung treten (von lat. inter = zwischen und agere = handeln).
- 6 Konzeptualisierung: Verfolgung eines bestimmten Entwurfs (zu conceptus = Gedanke, Vorsatz).
- 7 bilateral: beiderseitig (von lat. bis = zweifach und latus = Seite).
- 8 interdependent: voneinander abhängig, s. Anm. 4 zu Lepsius, S. 17.
- 9 kommunikativ: s. Anm. 18 zu Rolff, S. 58.
- 10 contact-points (engl.): Kontaktpunkte, Berührungstellen.
- 11 Präferenz: s. Anm. 6 zu Smelser, S. 13.
- 12 homogen, heterogen: s. Anm. 13 zu Friedrichs, S. 80.
- 13 random sample: Zufallsstichprobe (von engl. at random = zufällig und sample = Stichprobe).
- 14 interpersonal: zwischen Personen (von lat. inter = zwischen und persona = Person).
- 15 Akteur (frz. acteur): handelnde Person.
- 16 Variable: veränderliche Größe, s. auch Anm. 2 zu König, S. 82.
- 17 determinieren: s. Anm. 14 zu Schelsky, S. 101.
- 18 Index, pl. Indices (lat. = Anzeiger): Verhältniszahl.
- 19 Determinante: s. Anm. 12 zu Schelsky, S. 101.
- 20 Skalometer: Messung mit Hilfe einer dem Befragten vorgelegten Skala (zu griech. mètron = Maß).
- 21 formal: s. Anm. 24 zu Rolff, S. 58.
- 22 kongruent (lat. congruens): übereinstimmend.
- 23 perzipieren (lat. percipere): begreifen, wahrnehmen, erfassen.
- 24 illegitim: ungesetzlich, gesetzwidrig (zu lat. lex, legis = Gesetz); hier swv mit den Zielen des politischen Systems nicht übereinstimmend.
- 25 Prototyp: s. Anm. 7 zu Goode, S. 69.
- 26 dissonant: s. Anm. 32 zu Beck-Gernsheim, S. 95.
- 27 kognitive Dissonanz (lat.): „erkenntnismäßiger Mißklang“. Nach dem amerikanischen Psychologen Leon Festinger (*A Theory of Cognitive Dissonance*, Evanston 1957) die Unvereinbarkeit eigener Einstellungen gegenüber denjenigen anderer Menschen. Nach der „Theorie der kognitiven Dissonanz“ bemüht sich die Person, die sich einer solchen Dissonanz bewußt wird, a) diese zu beseitigen oder zu vermindern, um so eine Konsonanz (Übereinstimmung) der Haltungen zu erlangen, oder b) Situationen und Informationen zu vermeiden, die das Entstehen oder die Verstärkung einer solchen Dissonanz zur Folge haben könnten.
- 28 konsonant: einstimmig, übereinstimmend, s. Anm. 32 zu Beck-Gernsheim, S. 95.
- 29 Homogenität: s. Anm. 13 zu Friedrichs, S. 80.
- 30 Korrelation: s. Anm. 17 zu Dahrendorf, S. 47.